

Freiberg warnt vor Einsatz von Bürgerkriegspolizei in Afghanistan

Gewerkschaft der Polizei: Kanzlerin soll sich für reguläres Entsendegesetz stark machen

Berlin/Kabul. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wehrt sich gegen Versuche, Polizisten als eine Art Bürgerkriegspolizei statt Militär nach Afghanistan zu entsenden. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte am Wochenende während ihres Kurzaufenthalts in Kabul eine stärkere Polizei-Präsenz ins Gespräch gebracht. GdP-Chef Konrad Freiberg verlangte dagegen im Gespräch mit dieser Zeitung Zurückhaltung und von der Kanzlerin den Einsatz für ein offizielles Entsendegesetz angesichts der für die Polizisten lebens-

bedrohlich gewordenen Einsätze. Parallel dazu machte das Bundeskabinett gestern formell den Weg frei für eine Verlängerung des deutschen Anti-Terror-Engagements der Bundeswehr. Vorausgesetzt, der Bundestag stimmt nächste Woche zu, können danach für weitere zwölf Monate bis zu 1400 deutsche Soldaten, darunter maximal 100 Elite-Soldaten, im Anti-Terror-Kampf eingesetzt werden. Die Mandatsverlängerung kostet rund 45 Millionen Euro. Einsatzgebiete sind insbesondere im Mittelmeerraum sowie rund um das

Horn von Afrika und Afghanistan. Die Personalobergrenze der Mandate wurde von 1800 auf 1400 herabgesetzt.

Die Gewerkschaft der Polizei warnte davor, im Zuge der weiteren Afghanistan-Hilfe deutsche Polizei-Ausbilder als „eine Art Bürgerkriegspolizei in Krisenregionen zu entsenden, nur weil man militärisch nicht weiterkommt“. GdP-Chef Freiberg sagte: „In Einzelfällen ist die deutsche Polizei zur Aufbauhilfe bereit. Als Bürgerkriegspolizei steht die deutsche Polizei in Kriseneinsätzen nicht zur Verfügung.“

Allerdings würde er Angela Merkel „gerne beim Wort nehmen“ und mehr Aufmerksamkeit für den laufenden Polizeieinsatz in Afghanistan einfordern: „Die Bundeskanzlerin soll sich für ein reguläres Entsendegesetz für Polizisten in Krisenregionen einsetzen. Ich erwarte eine der Entsendung von Soldaten in Krisenregionen vergleichbare Regelung für die Polizei. Wir wünschen uns eine öffentliche und politische Bekanntmachung im Rahmen eines Parlamentsvorbehalts, wenn Kollegen in Krisenregionen sollen. Unsere Arbeit ist lebensge-

fährlich. In Afghanistan sind wir im Visier der Taliban.“ Er wies darauf hin, dass es dieses Jahr schon drei tote Bundespolizisten in Afghanistan und im vergangenen Jahr zwei Todesfälle im Irak gegeben habe. Außerdem bat der GdP-Chef die Kanzlerin auf Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) einzuwirken, „der Kollegen mit dienstlichem Zwang“ zur Arbeit in Afghanistan bewege. „Polizeieinsatz in ausländischen Krisenregionen kann nur auf dem Prinzip absoluter Freiwilligkeit beruhen“, verlangte Freiberg. *Dieter Wonka*